

# Mehr Kulturpolitikforschung

## Konzeptionsstudie des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft



Dr. Norbert Sievers ist Leiter des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. in Bonn

Die Kulturpolitische Gesellschaft bemüht sich seit Jahren mit ihrem Institut für Kulturpolitik (IfK) um eine Intensivierung der anwendungsbezogenen Kulturpolitikforschung und hat dafür zahlreiche Begründungen und Ideen geliefert.<sup>1</sup> Jetzt kann sie diese in einer Konzeptionsstudie weiterentwickeln. Ein vom Land Nordrhein-Westfalen gefördertes Projekt gibt ihr dazu die Möglichkeit. Gestützt auf das Kulturfördergesetz und in enger Verbindung mit der gesetzlich vorgeschriebenen Erstellung des Landeskulturberichtes sollen in den nächsten zwölf Monaten konzeptionelle Grundlagen für eine Kulturpolitikforschung geschaffen werden.<sup>2</sup> Das IfK kann dabei auf Erfahrungen im Zusammenhang mit der Erstellung des ersten Landeskulturberichtes zurückgreifen, an dem es maßgeblich beteiligt war.

### Ziele und Aufgaben der Konzeptionsstudie

Die Studie dient vornehmlich dem Ziel, die konzeptionellen Voraussetzungen für den Aufbau einer anwendungsbezogenen Kulturpolitikforschung in Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten und zur Diskussion zu stellen. Dabei geht es um die Entwicklung einer Forschungsagenda und um die Umsetzung einzelner Maßnahmen. Konkret stehen dabei folgende Aufgaben im Fokus:

- Vorhandenes Wissen erfassen, aufbereiten, dokumentieren und vermitteln

Trotz der defizitären Lage der Kulturpolitikforschung beginnt diese in Nordrhein-Westfalen nicht bei Null. Es gibt zahlreiche Studien und Expertisen

<sup>1</sup> Siehe dazu das Heft 155 IV/2016 der Kulturpolitischen Mitteilungen mit dem Schwerpunkt »Kulturpolitikforschung: 20 Jahre Institut für Kulturpolitik in Bonn«

<sup>2</sup> Ein erhebliches Landesinteresse daran ist bereits durch die Bestimmungen und die Intention des Kulturfördergesetzes (vor allem in § 25 Abs. 2 Landeskulturbericht) gegeben. In den Erläuterungen dazu heißt es, dass eine »solide Basis von Daten und Fakten« erforderlich ist, die im Zusammenhang mit dem Landeskulturbericht erhoben werden sollen (s. MFKJKS 2014: 82f.).

von universitären und außeruniversitären Einrichtungen (auch: Masterarbeiten, Dissertationen und Fachartikel) zu den verschiedensten Themen, die jedoch oft nicht hinlänglich bekannt und für kulturpolitische Fragen aufbereitet und dokumentiert sind. Es ist daher notwendig und sinnvoll, zu diesen Wissensbeständen systematische Zugänge zu schaffen und deren Ergebnisse an interessierte Personen und Institutionen zu vermitteln. Eine Aufgabe der Studie wird deshalb darin bestehen, dafür die Voraussetzungen zu schaffen. Gemeint ist damit der Aufbau einer Forschungsdatenbank und eines Mediums (z.B. Forschungsnewsletter), um den Zugang zu den Informationen zu erleichtern.

- Akteure und Strukturen der Kulturpolitikforschung recherchieren und bündeln

Es gibt in Nordrhein-Westfalen derzeit nur wenige universitäre oder außeruniversitäre Institute, die sich explizit der anwendungsbezogenen Kulturpolitikforschung widmen. Aber es gibt eine Reihe von Einrichtungen, die am Rande dieses Forschungsfeldes angesiedelt sind und sich gelegentlich mit Forschungsfragen befassen, die auch für eine anwendungsbezogene Kulturpolitikforschung von Interesse sind. Im Sinne einer Gesamtstrategie ist es sinnvoll, diese Infrastrukturen und deren Expertisen zu nutzen, indem Strukturen der Koordination und Kooperation aufgebaut werden, um dadurch synergetische Effekte zu erzielen. Im Rahmen der Studie werden dafür die Voraussetzungen geschaffen durch die Recherche der infrage kommenden Akteure und ggf. durch die Initiierung eines landesweiten Forschungsverbundes Kulturpolitik.

- Instrumente und Methoden der Kulturpolitikforschung NRW dokumentieren und entwickeln
- Anwendungsbezogene Kulturpolitikforschung braucht gute wissenschaftliche Instrumente. Es sollte an einer Verbesserung der Instrumente

gearbeitet werden. Deshalb wird die Methodendiskussion und -entwicklung ein konstitutiver Baustein der anwendungsbezogenen Kulturpolitikforschung werden. Nicht zuletzt im Kontext der aktuellen Kulturentwicklungsplanungen sind neue Instrumente wie Netzwerkanalysen oder Infrastrukturmapping sowie diskursive Beteiligungsverfahren erarbeitet und angewandt worden, deren weitere Entwicklung und Vermittlung sinnvoll wäre. Im Rahmen der Konzeptionsstudie werden diese Instrumente in einem Baukasten zusammengestellt und für die Beratung und Qualifizierung von kommunalen Kulturentwicklungsprozessen aufbereitet.

- Indikatorenbasiertes Kulturmonitoring entwickeln

Landeskulturpolitik, die die ganze Kulturlandschaft in den Blick nehmen will, braucht ein verlässliches Instrument zur Beobachtung der Entwicklungen im Lande. Möglich wäre dies durch ein indikatorenbasiertes Monitoringsystem, das sich auf statistische Daten stützt. Mit der Erstellung des ersten Landeskulturberichtes NRW sind dafür bereits einige Voraussetzungen geschaffen worden. Daran ansetzend werden im Rahmen der Studie die konzeptionellen Anforderungen an ein solches System eruiert und beschrieben. Diese werden ausgewählte Kennzahlen enthalten, anhand derer bestimmte Entwicklungen im kulturellen Bereich angezeigt werden könnten. Als thematische Bereiche sind dafür vorgesehen: Infrastruktur / Bestand, Angebote / Formate, Teilhabe / Nutzung, Beschäftigung / Arbeitsplätze, Finanzen / öffentliche Zuwendungen. Sie waren bereits im ersten Landeskulturbericht die wichtigsten empirischen Referenzthemen.

- Mittelfristige Agenda für eine anwendungsbezogene Kulturpolitikforschung entwickeln

Anwendungsbezogene Kulturpolitikforschung macht nur einen Sinn, wenn sie längerfristig angelegt wird. Dafür bieten die im Kulturförderge-

setz enthalten Instrumente Landeskulturbericht, Kulturförderplan und Kulturförderbericht einen hervorragenden Rahmen und die neuen Mittel für Kulturpolitikforschung im Landeskulturhaushalt<sup>3</sup> eine konkrete Realisierungschance. Notwendig ist jetzt eine verabredete Agenda der Forschungsfragen, eine Vereinbarung zu den Prioritäten, die Überprüfung, ob das notwendige methodische Rüstzeug und die benötigten Kompetenzen zur Verfügung stehen, eine Umsetzungsplanung und das Vorhandensein der erforderlichen finanziellen, personellen und institutionellen Voraussetzungen. Notwendig sind also eine Forschungsstrategie und ein mittelfristiges Forschungsprogramm, für die im Rahmen der Studie eine inhaltliche Struktur entwickelt werden soll.

- Kulturpolitik wissenschaftlich diskutieren

Die Ergebnisse der anwendungsbezogenen Kulturpolitikforschung entfalten ihre Wirkung im kulturpolitischen Prozess vor allem dann, wenn sie mit den Akteuren diskutiert werden. Aufgrund der im Kulturfördergesetz angelegten gesellschaftspolitischen Orientierung der Landeskulturpolitik empfiehlt es sich, mit dieser Diskussion Anschluss zu gewinnen an die gegenwärtigen gesellschaftstheoretischen Diskurse und Problemanalysen. So könnte im Rahmen eines Kongresses im Jahr 2018 die Kulturpolitik auf ihr gesellschaftspolitisches Potenzial hin befragt werden. Ferner sollten die Ergebnisse des ersten Landeskulturberichtes dabei eine Rolle spielen. Es ist vorgesehen, im Rahmen des Projektes für einen ersten Kongress dieser Art eine Konzeption und ein Programm zu entwickeln. Der Kongress soll den Auftakt bilden für ein neues diskursives Format, das der Bedeutung der Landeskulturpolitik in der neuen Legislaturperiode Rechnung trägt. ■

<sup>3</sup> 300.000 Euro sind im Landshaushalt NRW 2017 für diesen Zweck eingestellt worden.

## Bürgerlich-liberale Widersprüche

»... die Protest-Politik der bürgerlichen Mittelschichten beruft sich zwar auf demokratische Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, mobilisiert in Wirklichkeit allerdings das ihr zur Verfügung stehende Kapital (Bildung, soziale Netzwerke, relative materielle Sicherheit, Zugang zu politischen Institutionen etc.) vor allem, um privilegierte und kaum nachhaltige Lebensformen und Selbstverständnisse zu verteidigen.« (24) »Dabei geht der kategorische Imperativ des ›Weiter so‹ ... keineswegs nur von den systemrelevanten Institutionen (z.B. den Banken) aus, sondern ebenso sehr von den Glücksvorstellungen, Selbstverwirklichungsidealen und Verständnissen von Lebensqualität, die moderne Bürger für selbstverständlich und nicht verhandelbar halten. Es ergibt sich also für den einzelnen Bürger und für kollektive Akteure ein tiefer Widerspruch zwischen der rationalen Einsicht in die fundamentale Nicht-Nachhaltigkeit der bestehenden Verhältnisse und der festen Entschlossenheit zu deren Verteidigung.« (251)

Ingolfur Blühdorn: Simulative Demokratie: Neue Politik nach der postdemokratischen Wende, Berlin: Suhrkamp 2013

# Projekte des Instituts für Kulturpolitik (IfK) der KuPoGe

## Neues Projekt I: Erstellung einer Kulturkonzeption für die Stadt Kassel

Das IfK ist von der Stadt Kassel beauftragt worden, eine Kulturkonzeption für die Stadt Kassel zu erstellen. Ziel ist es, in einem partizipativen Prozess »vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Transformationsprozesse die Potentiale, Herausforderungen und Leitlinien zur Weiter-



[www.kassel.de/kulturhauptstadt](http://www.kassel.de/kulturhauptstadt)

entwicklung der Kasseler Kultur und hier insbesondere der kulturellen Szene zu erarbeiten, die in Ziele und Handlungsempfehlungen überführt werden« - so die Ausschreibung. Die Ergebnisse sollen darüber hinaus ein zentrales Fundament für den Bewerbungsprozess Kassels zur »Kulturhauptstadt Europas 2025« darstellen. Die Projektleitung wird in den Händen von Dr. Patrick S. Föhl liegen, der gemeinsam mit freien MitarbeiterInnen und MitarbeiterInnen des IfK in kooperativer Zusammenarbeit mit Kulturverwaltung, Kulturpolitik und Kulturakteuren in der documenta-Stadt in den nächsten 12 Monaten die Kulturkonzeption erarbeiten wird.

## Neues Projekt II: »Neue Formate und Methoden der projektbezogenen soziokulturellen Arbeit«

Mit der Projektförderung hat sich in den letzten Jahrzehnten - neben der institutionellen Förderung - ein neuer Modus der Kulturförderung etabliert, der die Kulturpolitik, die kulturelle Landschaft und ihre Akteursszenen maßgeblich beeinflusst. Vor allem im Feld der soziokulturellen Praxis ist Projektarbeit eine weit verbreitete und typische Arbeitsform, durch die - so die Hypothese - neue Methoden und Formate der Kulturarbeit entstanden sind. Diese neuen Ansätze, Methoden und Formate der Kulturarbeit (unter besonderer Berücksichtigung von interkulturellen (Flüchtlings-)Projekten) zu identifizieren und zu analysieren, ist eines des zentralen Ziele des gleich-



Projekt »Bulls« des Forum für Kunst und Kultur e.V.  
Foto: Andreas Hartmann

namigen Pilotprojektes, das das IfK für das BKM unter Leitung von Dr. Norbert Sievers und Ulrike Blumenreich in den nächsten Monaten durchführen wird. Darüber hinaus werden die Weiterbildungslandschaft und deren Angebote für neue Ansätze, Methoden und Formate einer Bestandsaufnahme unterzogen. Eine Fortsetzung des Projektes 2018/2019 ist beabsichtigt.

## Erste Ergebnisse der ifa-Studie auf dem 9. Kulturpolitischen Bundeskongress präsentiert

Einen Einblick in den Stand der internationalen Kulturaustauschaktivitäten von Kommunen hat das IfK auf dem 9. Kulturpolitischen Bundeskongress »Welt.Kultur.Politik.« am 16. Juni in Berlin gegeben. Präsentiert wurden die Ergebnisse einer Befragung von Kommunen, die das IfK im Rahmen des Forschungsprogramms »Kultur und Außenpolitik« des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) durchgeführt hat. Im Fokus standen dabei die strukturelle Verankerung dieses Arbeitsfeldes in den Kommunen, ihre konzeptionellen Grundlagen, ihre inhaltliche Ausgestaltung sowie ihre Zusammenarbeit mit Mittlerorganisationen und anderen Akteuren. Die Dokumentation wird in der ifa Edition Kultur und Außenpolitik im Herbst 2017 vorgelegt.

## Studie »Aktuelle Förderstrukturen der Freien Darstellende Künste in Deutschland«?

Zahlreiche VertreterInnen aus Landesministerien, kommunalen Kulturverwaltungen und Akteure der Freien Darstellenden Künste diskutierten auf dem vom Bundesverband Freie Darstellende Künste (BFDK) in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag veranstalteten Fachforum »Kulturen fördern – Strukturen stärken – Kunst ermöglichen« am 16. Mai in Berlin die aktuelle Förderlandschaft der Freien Darstellenden Künste in Deutschland. Grundlage war die Anfang des Jahres erschienene Studie »Aktuelle Förderstrukturen der Freien Darstellenden Künste in Deutschland. Ergebnisse der



Befragung von Kommunen und Ländern«, mit der BFDK das IfK beauftragt hatte und die von der Autorin Ulrike Blumenreich vorgestellt und mit den ca. 80 TeilnehmerInnen diskutiert wurde. Ein Ergebnis der

Veranstaltung ist die Einrichtung von Arbeitsgruppen u.a. zu den Themen »Förderrichtlinien« und »Juryverfahren«. Die Studie ist über den BFDK als Printversion und als kostenloser Download zu beziehen.

## Compendium for Cultural Policies and Trends in Europe – auf dem Weg zu neuen Strukturen

Für das Online-Informationssystem, das einen jährlich aktualisierten Überblick über die Strukturen der Kulturpolitik sowie kulturpolitische Entwicklungen und Diskussionen in 41 Ländern Europas auf seiner Homepage [www.culturalpolicies.net](http://www.culturalpolicies.net) bietet, wird aktuell eine neue Träger- und Finanzstruktur entwickelt. Das seit 1998 als joint venture vom Europäischen Institut für vergleichende Kulturförderung (ERICarts) und dem Council of Europe geführte Monitoring-System wird in eine Multi-Steakholder Trägerschaft überführt – so das Ergebnis des Treffens der AutorInnen des Compendiums im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Ende März in Nikosia. Dieser Schritt ist notwendig geworden, da sich der Council of Europe aus der Finanzierung dieses Infor-



mationssystems deutlich zurückziehen wird. Die genaue Ausgestaltung wird derzeit von verschiedenen Akteuren erarbeitet, darunter auch vom Institut für Kulturpolitik, das seit nunmehr fast 20 Jahren das kulturpolitische 70 Seiten umfassende Länderprofil Deutschlands erstellt (Autorin: Ulrike Blumenreich). Die endgültige Struktur wird beim nächsten Autorentreffen im November in Prag entschieden.

## Landeskulturbericht NRW

Im März dieses Jahres ist der erste Landeskulturbericht des Landes Nordrhein-Westfalen erschienen, an dem das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft mitgewirkt hat. Es handelt sich dabei um einen Pilotbericht, der auf keine Vorbilder zurückgreifen konnte und in vergleichsweise kurzer Zeit erstellt wurde. Einige Studien im Zusammenhang mit dem Bericht – wie etwa die Gemeindebefragung zur kulturellen Situation in den Kommunen, die Vergleichsstudie zur Entwicklung der kulturellen Landschaft über vier Dekaden hinweg in zwei Sädten, die repräsentative Teilhabestudie im Rahmen einer Mehr-Themen-Befragung und auch die statistikbasierte Bestandsaufnahme der kulturellen Infrastruktur – sind erstmalig in dieser Form erarbeitet worden. Deshalb war allen Beteiligten klar, dass es notwendig sein würde, diese Studien

einer weiteren intensiven Auswertung zu unterziehen und Schlussfolgerungen für die Erarbeitung des zweiten Landeskulturberichtes am Ende der aktuellen Legislaturperiode zu ziehen. Mit dieser Aufgabe ist das Institut für Kulturpolitik

vom Land NRW beauftragt worden. Der Bericht sowie weitere Materialien stehen unter [www.mkffi.nrw/landeskulturbericht](http://www.mkffi.nrw/landeskulturbericht) zum Herunterladen bereit.

## Abschlussbericht zur Kulturentwicklungsplanung der Landeshauptstadt Düsseldorf vorgelegt

Der vom IfK unter der Leitung von Dr. Patrick S. Föhl erarbeitete Abschlussbericht für die Kulturentwicklungsplanung (KEP) der Landeshauptstadt Düsseldorf liegt nun vor. Mehr als 200 Akteure aus Kunst, Kultur, Verwaltung, Politik, Bildung, Wirtschaft sowie zahlreiche BürgerInnen haben sich mit ihren Ideen und Wünschen für eine zukunftsorientierte Kulturarbeit eingebracht.

Der Abschlussbericht führt die im Dialog- und Planungsprozess erarbeiteten wesentlichen Stärken und Herausforderungen der Düsseldorfer Kulturbereichs zusammen und leitet daraus drei zentrale Handlungsfelder ab:

- Kulturpolitik, Kulturverwaltung und Kulturförderung
- Kulturelle Infrastruktur und Konzepte
- Kulturelle Teilhabe und Kulturkommunikation

Der Bericht enthält zu jedem Handlungsfeld einen Ziel- und Maßnahmenkatalog sowie Empfehlungen zur Priorisierung und übergeordnete kulturpolitische Leitlinien. Der Fokus liegt dabei bewusst auf Querschnittsthemen wie die der Teilhabe oder der Kommunikation. Damit sollen Kooperationen im Kulturbereich befördert und gemeinsames Nachdenken über notwendige Wandlungsprozesse im Hinblick auf bestehende Strukturen sowie Konzepte ermöglicht werden. Der Bericht wurde dem Kulturausschuss am 22. Juni in einer öffentlichen Sitzung zur Kenntnisnahme vorgelegt. Der Abschlussbericht, weitere Berichte, Protokolle und Analysen aus dem KEP-Prozess sowie weitere umfassende Informationen können unter [www.kep-duesseldorf.de/dokumente](http://www.kep-duesseldorf.de/dokumente) abgerufen werden.

Zusammengestellt von Ulrike Blumenreich und Norbert Sievers ■